

A2 Offene Erklärung des KV Altona an den Bundestag und die Bundesregierung zu drohender Politik der sozialen Kälte und fehlenden öffentlichen Investitionen und Appell an die CDU Fraktion

Antragsteller*in: Lars Boettger (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: 6 Verschiedenes

Antragstext

1 Wir verurteilen die durch Teile der Bundesregierung geplanten Kürzungen im
2 Sozialbereich und bei öffentlichen Investitionen, sowie die fehlende Abgrenzung
3 der CDU/CSU nach Rechts.

4 Unsere Gesellschaft und insbesondere die jungen Menschen stehen in den letzten
5 Jahren immer mehr im Dauerkrisenmodus. In Zeiten von sozialer Härte durch die
6 Energiekrise, verursacht durch den abscheulichen Angriffskrieg der russischen
7 Regierung, durch die darauffolgende Inflation und kommend aus der Corona-
8 Pandemie spricht der Finanzminister von einer Zeit der Wünsche, die nun vorbei
9 sei. Schlimmer kann Klientelpolitik nicht kommuniziert werden.

10 Mitten im Prozess der Transformation des Energiesektors und zwangsläufig aller
11 energieintensiven Betriebe, egal ob Industrie oder kleiner Produktionsbetrieb
12 die Mittel für öffentliche Investitionen zurückzuhalten und zu verweigern, dies
13 als Rückkehr zur finanzpolitischen Normalität verkaufen zu wollen, ist an
14 Kurzsichtigkeit für den Kurs unseres Landes kaum noch zu überbieten. In Zeiten
15 der Energiewende und sozialen Härte, die Schuldenbremse über den Klimaschutz und
16 das Auskommen der Haushalte und Familien zu stellen ist für uns Grüne nicht
17 nachvollziehbar. Eine Wirtschaft auszubremsen, mit den Argumenten, mit Geld
18 lasse sich kein Wachstum erzeugen ist schlichter Unsinn. Wer davon überzeugt
19 ist, schaue einmal über den Teich nach Nordamerika. Der Inflation Reduction Act
20 macht auch den europäischen Investitionen Beine.

21 Wir fordern daher den Bundeskanzler auf, mit seiner Richtlinienkompetenz die
22 Führung der Ampelregierung konsequenter und zeitnaher zu gestalten, damit die
23 Menschen eine Sozialpolitik der eigentlich potentiell guten Kombination aus
24 Grünen und SPD erkennen und merken, dass sie beim Klimaschutz nicht allein
25 gelassen werden. Gerade jetzt müssen zudem öffentliche Investitionen sein, um
26 bspw. die Kapazitäten in der Bauindustrie und anderen Branchen zu halten.
27 Betriebstätigkeit und Kaufkraft werden gestärkt und dadurch auch wieder ein
28 größerer Anteil am BIP erzielt.

29 Taktieren führt eher zu Verlust von Wähler*innen, die politikverdrossen werden,
30 als dass es der SPD, FDP oder CDU Wähler*innenstimmen bringt. Die Geschichte der
31 Weimarer Republik hat das gezeigt. In Hamburg hatten wir eine Regierung, in der
32 ein sog. Richter Gnadenlos saß. Das alles wollen wir und die deutliche Mehrheit
33 in der Gesellschaft nicht mehr.

34 Es ist weiterhin dringend erforderlich, dass neben ausreichend Mitteln für
35 Investitionen und Sozialpolitik auch Gesetze zum Wohle der Schwächsten
36 novelliert werden. Beispielsweise können wir Investoren nicht in den Griff
37 bekommen, wenn wir im Planungsrecht keinen sozial geförderten Wohnraum ausweisen
38 können oder die Mietenden die Grundsteuer für die Eigner zahlen müssen, so dass
39 wir noch nicht einmal bodengebundenes Vermögen abschöpfen können, ohne die
40 Mieter*innen zu belasten. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieter*innen
41 muss aus der Betriebskostenverordnung entfernt werden.

42 Da wir auf das Finanzministerium nicht zählen können, fordern wir die nach
43 seinen Worten "bestellte Führung" vom Bundeskanzler ein. "Wenn man bei mir
44 Führung bestellt, bekommt man sie auch." Olaf Scholz im Tagesspiegel am 5.
45 Februar 2011. Nur falls vergessen, hier sei nocheinmal daran erinnert, lieber
46 Bundeskanzler.

47 Dazu verhilft die CDU/CSU den Rechten zu Aufschwung, in dem sie sich nicht
48 ausreichend von rechtsextremen Parteien, bzw. Mitgliedern von
49 Wähler*innengruppen abgrenzt. Wir rufen die Mitglieder der CDU/CSU Fraktion im
50 Bundestag auf, Einfluss auf die Verbände auszuüben, den Kurs wieder zu
51 korrigieren und im Sinne einer starken, bürgerlichen Partei die Abgrenzung nach
52 Rechts wieder herzustellen und keine politischen Vorhaben mit Rechtsextremen
53 mehr zu unterstützen, sondern eigene Anträge mit demokratischen Parteien zu
54 schreiben. Demokratie sollte immer diesen Aufwand wert sein.

Begründung

Der Antrag soll eine offene Erklärung der Grünen in Altona an den Bundestag und die Bundesregierung sein, denn als Bezirk, der noch nicht einmal kommunale Rechte und auskömmliche Mittel hat, stehen wir den Menschen am nächsten und können ohne ausreichende Mittel und Personal am wenigsten tun. Dabei zusehen, wie es den Menschen und der Wirtschaft in diesen krisengebeutelten Zeiten schlechter geht und die Rechten immer mehr Zulauf bekommen, ist eine besondere Belastung für uns Mitglieder einer politischen Partei, die etwas für die Menschen tun möchte.